

# Die Lawine rollt!

## Rundgebungen der Sozialdemokratie

Der von der Sozialdemokratie eingeleitete Kampf gegen die faschistische Volkswirtschaft wird mit immer größerer Macht fortgesetzt. Auch in der zweiten Märzwoche zeigt die Aktivität der Massen unter Führung der Sozialdemokratie eine erfreuliche Steigerung.

Der Bezirk Ostpreußen berichtet in der zweiten Märzwoche von 98 öffentlichen Volksversammlungen mit insgesamt 17 000 Teilnehmern. Einige neue Ortsgruppen sind gegründet und über 1000 neue Mitglieder gewonnen worden. Besondere Aktivität entfalten die Parteifreunde auf dem flachen Lande. So hat der Ortsverein Böttcherdorf (Kreis Bartenstein) seine Mitgliederzahl von 38 auf 74 gesteigert.

In Mittelsachsen sind 57 Volksversammlungen mit 9170 Teilnehmern durchgeführt worden. Eine Reihe Rundgebungen in Breslau war überfüllt; eine Parallelveranstaltung mußte abgehalten werden. Niedersachsen hat in der zweiten Märzwoche 54 von 7700 Teilnehmern besuchte Volksversammlungen veranstaltet. Die Stimmung in den Versammlungen, auch in den kleinen ländlichen Gemeinden, ist glänzend; außerordentlicher Besuch wird gemeldet. Die in den Versammlungen anwesenden Nazis wagten nicht, in die Diskussion einzugreifen. In einer Woche sind der Partei 106 neue Kämpfer zugeführt worden.

In Pommern läßt die Aktivität der Arbeiterschaft nicht nach. Trotz der ungünstigen Witterung führte die Partei 12 Veranstaltungen, darunter 7 Filmvorführungen, mit weit über 2000 Personen durch. Versuche der Nazis, an einigen Orten die Filmvorführungen zu führen, sind kläglich mißlungen. In Westfalen-Büder ist eine erfreuliche Steigerung der Versammlungstätigkeit festzustellen. 35 Volksversammlungen sind durchgeführt worden; viele waren überfüllt.

41 Volksversammlungen mit 9000 Besuchern meldet Ostfriesland. Glänzenden Besuch weisen nicht nur die städtischen, sondern auch die ländlichen Versammlungen der Sächsischen Schweiz auf. Der Bezirk Leipzig meldet 14 Versammlungen mit 4200 Teilnehmern. Zahlreiche Personen sind der Partei beigetreten. Der Bezirk Zwickau veranstaltete 18 öffentliche Versammlungen. Der Besuch war überall ausgezeichnet. Der Bezirk Halle (Saale) hielt in der ersten Märzhälfte 83 gut gelungene Versammlungen ab.

Die Sozialdemokraten in Groß-Härzingen veranstalteten am 14. und 15. März 37 Versammlungen, die alle überaus wirkungsvoll verlaufen sind und sich eines glänzenden Besuchs erfreuten. Ebenso werden aus dem Bezirk Bielefeld 77 Versammlungen und Vorträge in 65 Orten gemeldet, denen insgesamt rund 9000 Teilnehmer beiwohnten.

Hannover zeigt mit unveränderter Energie die überaus rege Versammlungstätigkeit fort. 98 durchaus gut besuchte Versammlungen sind das Ergebnis der Berichtswochen! Die unermüdete Aufklärungsarbeit der Sozialdemokraten wirkt sich in zahlreichen Beitritten zur Sozialdemokratie aus. Auch im Bezirk Magdeburg-Anhalt herrscht äußerste Aktivität. 45 Versammlungen mit rund 9000 Besuchern ist dafür Aktivität. Ein Parteifreund in Köthen hat an einem einzigen Tage 25 Mitglieder gewonnen. Der Bezirk Brandenburg meldet 45 außerordentlich gut besuchte Versammlungen, darunter einige Frauenversammlungen. In sämtlichen Versammlungen herrschte ausgeglichene Stimmung.

Hessen-Nassau meldet 31 öffentliche Versammlungen in Dorfgemeinden, 5 große Rundgebungen in Frankfurt, Wiesbaden und Oberursel i. T. und 9 Filmvorführungen. In Oberursel wurde die Naziversammlung durch eine sozialistische Rundgebung und einen spontanen Umzug durch die Stadt ganz in den Hintergrund gedrängt. In 7 Nazi-Versammlungen sind sozialdemokratische Redner erfolgreich aufgetreten. Der Bezirk Hesse-Kassel hielt 67 Rundgebungen verschiedener Art mit 11 000 Personen ab. In einem Ort wurde mit 18 Mitgliedern eine Gruppe neu gegründet. Der Bezirk Hesse-Offenbach veranstaltete 21 Versammlungen mit rund 3500 Teilnehmern.

Im Bezirk Niederrhein fanden bisher 65 Versammlungen und Rundgebungen statt. Einzelne Veranstaltungen weisen eine Teilnehmerzahl von acht, zehn- und vierzehntausend Menschen auf! Insgesamt nahmen an den Veranstaltungen rund 100 000 Personen teil! Alle Störungsversuche der Nazis wurden glatt abgewiesen. Auch im Bezirk Obere Rheinprovinz sind 14 sehr gut besuchte Versammlungen abgehalten worden. Durchweg guten Besuch weisen auch die 51 Versammlungen im Bezirk Baden auf, wo die Angriffskraft der Nazis unter dem Ansturm der Arbeiterschaft im Zulammenbrechen ist. West-Westfalen meldet im Laufe des Februars 133 öffentliche Rundgebungen. An der größten Rundgebung in Dortmund haben 30 000 Personen teilgenommen! Auch die zahlreichen Erwerbslosen-Versammlungen wiesen sehr guten Besuch auf. In der ersten Märzhälfte wurde die rege Versammlungstätigkeit fortgesetzt.

Oberbayern meldet aus den letzten 3 Wochen 131 zahlreich besuchte öffentliche Versammlungen. Erfreulich wird die Kunde von dem wachsenden Interesse der Frauen für Politik. Trotz der großen Arbeitsnot sind über 100 Neuaufnahmen erzielt worden. Der Bezirk Oberpfalz-Niederbayern berichtet in der zweiten Märzwoche von 14 äußerst gut besuchten Versammlungen.

In allen Bezirken läßt die Sozialdemokratie vor! Nun weiter! Nicht nachlassen, nicht zucken, bis der volksfeindliche Faschismus verschwunden ist. Vorwärts, die Lawine rollt!

Die beiden Regierungen darüber verständigen, für welche einzelnen Waren sich einstweilen noch Zwischensätze als erforderlich erweisen. Die Zollverwaltung jedes der beiden Länder bleibt völlig selbständig. Die von ihnen vereinnahmten Zölle werden nach einem noch festzusetzenden Verteilungsschlüssel verrechnet. Jede der beiden Regierungen soll das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen, doch muß hierbei Rücksicht darauf genommen werden, daß diese Verträge nicht in Widerspruch mit dem abzuschließenden deutsch-österreichischen Vertrage stehen. Auch soll bei solchen Verhandlungen mit Dritten möglichst gemeinsam vorgegangen werden.

Zum Zwecke der reibungslosen Durchführung des Vertrages soll ein paritätisch zusammengesetzter Schiedsaussschuß gebildet werden, der die Aufgabe hat, strittige Auslegungsfragen zu entscheiden, und auch sonstige bei der Durchführung des Vertrages etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Teilen zu bereinigen. Der Vertrag soll während der ersten drei Jahre unklindbar sein, von da ab aber von jedem Teil unter Zustimmung seiner gesetzgebenden Körperschaften mit einjähriger Frist gekündigt werden können.

WTB Wien, 22. März.

Die Wiener Amtliche Nachrichtenstelle teilt mit: Am 21. März erschienen im Laufe des Tages die diplomatischen Vertreter Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens beim Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Vizkanzler Dr. Schöber, mit der Mitteilung, daß die in den Zeitungen vom 17. März d. J. veröffentlichten Nachrichten über den Abschluß einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland ihre Regierungen veranlaßt hat, der österreichischen Bundesregierung zur Kenntnis zu bringen, daß der Abschluß einer solchen Zollunion gegen das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 verstoßen würde. Die genannten diplomatischen Vertreter wurden vom Vizkanzler entsprechend aufgeklärt.

SPD Paris, 21. März.

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte am Sonnabend eine Unterredung mit Briand, in deren Verlauf er, wie anzunehmen ist, den französischen Außenminister über die Bedeutung des deutsch-österreichischen Zollbündnisses unterrichtet hat. Das Abkommen wird vom „Temps“ mit Beforgnis als Einleitung eines politischen Zusammenschlusses der beiden Länder angesehen.

## Interviews Otto Brauns

### Die Gefahr der nationalsozialistischen Welle

CPB Paris, 21. März.

Der in Berlin weilende Außenpolitiker des Matin hat den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun interviewt. Nach Darstellung des Matin-Korrespondenten erklärte Braun u. a., er glaube, daß die Hitlerische Strömung jetzt nur noch zurückgehen könne. Ueberdies sei die Regierung gar nicht so schwach, wie man das behauptet. Die Regierung brauche keineswegs die Reichswehr in Anspruch zu nehmen. Die Schuppe genüge schon.

Braun ging dann auf die Arbeitslosigkeit in Deutschland ein. Dem Matin zufolge führte er u. a. aus, daß eine Teil habe zwar arbeiten gelernt, habe aber dann keine Beschäftigung mehr gefunden, während Hunderttausende von jungen Leuten überhaupt noch nicht die Gelegenheit gehabt hätten, zu arbeiten. Sie würden zu unnützen, ja sogar gefährlichen Mitgliedern der Gesellschaft. Einem Franzosen gegenüber pflegte er, Braun, stets zu sagen:

Ihr Franzosen wollt eure Reparationen bezahlt erhalten, aber ihr verlangt etwas, was wir nicht haben, nämlich Geld. Das würde auf daselbe hinauslaufen, als wenn man mit einem besiegten Regentkönig einen Vertrag abschließt des Inhalts, daß der Regentkönig seinen Tribut in Form von Klavieren und Nähmaschinen abbezahlt. Deutschland habe Frankreich etwas zu bieten, nämlich Arbeitskräfte und Fertigfabrikate. Braun vertritt die Ansicht, daß in Frankreich Arbeitslosigkeit genug vorhanden sei und daß auch das System der Sachlieferungen gewisse Möglichkeiten habe. An dem Tage, an dem es unmöglich sein würde, die Arbeitslosen zu ernähren, werde ein Sturm über Deutschland hinwegfegen, gegen den man nichts ausrichten könne. Daher sei immer wieder die wahre Hoffnung die auf eine aufrichtige Verständigung mit Frankreich.

SPD Paris, 21. März.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat sich einem Sonderkorrespondenten des sozialistischen „Soir“ gegenüber sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Republik und die politische Entwicklung in Preußen geäußert.

Braun glaubt, daß der Nationalsozialismus nur ein schnell verglimmendes Strohfeuer ist und ein sozialistischer Putz nicht zu befürchten sei, da die preussische Regierung die Polizei fest in der Hand habe und daher für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen werde. „Unsere Politik — so fuhr Braun in bezug auf die Sozialdemokratie fort — ist sehr schwierig. Es ist nicht immer leicht, den Massen die Gründe verständlich zu machen, die uns eine opportunistische Taktik auferlegen und uns zwingen, für unpopuläre Gesetze zu stimmen. Sollten wir z. B. wegen der Kredite für den Panzerkreuzer B das Kabinett stürzen, um damit dem Faschismus Gelegenheit zu geben, wieder in den Reichstag zurückzukehren und eine Rechtskoalition gegen uns zu bilden?“

In bezug auf Breußen fügte Braun hinzu, daß die Sozialdemokratie bei den Wahlen im Jahre 1932 erfolgreich sein werde.

## Erklärungen Breitscheldts

WTB Paris, 21. März.

Der „Excellstor“ veröffentlicht ein Interview des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheldt. Dieser erklärte, die deutschen Sozialdemokraten seien bei der Verteidigung ihres Landes gegen die Umtriebe der Hitler-Leute gezwungen, große Opfer zu bringen und sich mitunter mit ihrer eigenen Politik in Widerspruch zu setzen. Aber das sei das einzige, ihnen zur Verfügung stehende Mittel, um die Demokratie und das parlamentarische Regime zu retten, die sowohl von der äußersten Linken als auch von der äußersten Rechten bedroht seien. Er, Breitscheldt, glaube nicht, daß die Nationalsozialisten irgendeinen Aufstand herbeizuführen beabsichtigten. Einem solchen wäre ein sicherer Mißerfolg beschieden. Deutscherseits wolle man nicht etwa wieder aufrücken, aber man wolle, daß die anderen Länder abrücken. Wenn man von einer Vertragsrevision spreche, so meine man damit keineswegs eine Revision der Grenze Elsaß-Lothringens. Diese Frage sei endgültig geregelt. Anders liege die Sache im Osten. Aber die deutschen Sozialdemokraten dächten niemals daran, diese Frage mit Gewalt zu lösen.

## Um die Sanierung der Knappschaft

SPD. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde am Sonnabend bei der Beratung der Knappschaftsänderung vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß jetzt versucht werde, die Zahlungsschwierigkeiten durch Bombardierung von Wertpapieren der Knappschaft zu überwinden.

Für die grundlegende Sanierung soll nach Rücksprache mit der Regierung ein kleiner beratender Ausschuss gebildet werden. Die Sozialdemokraten enthielten sich bei der Beschlussfassung über die Einsetzung eines solchen Ausschusses der Stimme. Sie werden sich aber, nachdem er beschlossen ist, durch Entsendung einiger Mitglieder an ihm beteiligen.

## Der Disziplinbruch

### Das Echo in der Parteipresse

Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei den Abstimmungen zum Panzerkreuzer haben in der Parteipresse zunächst nur ein schwaches Echo erzeugt. Sie wurde am Sonnabend durch den Tod Hermann Müllers beherrscht. In der Hauptfrage haben nur die sächsischen Parteizeitungen zu dem Vorgang Stellung genommen. Außerhalb Sachsens wurde hier und da ein Aufschrei nachgedruckt, den der Genosse Rolfsfeld durch die Wurm-Korrespondenz verbreiten ließ. In der Breslauer „Volkswacht“ legte der Genosse Ziegler seine Auffassungen dar. Besonders beachtenswert ist ein Aufsatz von Wilhelm Sollmann in der Rheinischen Zeitung veröffentlicht hat. Er verweist auf die sozial gehobene Fraktion, „Manne halb und halb“ und drückt das Schreiben nach, das am 17. März an die Reichstagsabgeordneten des Chemnitzer Bezirks gerichtet worden ist. Da dieses Schreiben in den kommenden Auseinandersetzungen eine nicht unwichtige Rolle spielen wird, geben wir es nachstehend im Wortlaut wieder:

Bezirksleitung Chemnitz, Erzgebirge, der SPD.

Chemnitz, den 17. März 1931.

An die Reichstagsabgeordneten des Bezirks Chemnitz.

Werte Genossen!

Der Bezirksvorstand nahm am Sonnabend Stellung zur Panzerkreuzerfrage und sagte gegen eine Stimme folgenden Beschluss:

Der Bezirksvorstand protestiert gegen die Absicht der Reichstagsfraktion, durch Stimmenthaltung dem Panzerkreuzer zur Annahme zu verhelfen. Er empfiehlt den Reichstagsabgeordneten des Bezirks, im Reichstag gegen den Panzerkreuzer zu stimmen.

Bei der Diskussion wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß eine Abstimmung der Gegner des Panzerkreuzers gegen die Fraktionsmehrheit die Gefahr der Spaltung heraufbeschwören könne. Deshalb wurde der Beschluss wie folgt deklariert:

Sollte der Parteivorstand vor der Abstimmung im Plenum klipp und klar mit dem Ausschluß aus der Partei drohen, ohne eine Entscheidung des Reichsparteitages abzuwarten, dann möchten unsere Abgeordneten nach ihrem eigenen Gewissen entscheiden und die Form des Protestes wählen, die ihnen am wirksamsten erscheint. Der Bezirksvorstand hielt sich nicht für befugt, ohne die Entscheidung des Reichsparteitages, der unmittelbar bevorsteht, den Abgeordneten in dieser überaus schweren Frage einen Zwang aufzuerlegen.

Mit Parteigruß

gez. R. Böschel

J. A.: des Bezirksvorstandes.

NB. Ein Genosse stimmte dagegen, weil durch die Deklaration der sachliche Inhalt des Beschlusses abgeschwächt wurde.

Die größte Begeisterung hat der Schritt der Reun in den Spalten der „Blauen“ „Volkzeitung“ hervorgerufen. Bemerkenswert sind folgende Ausführungen über das Problem der Disziplin, die in diesem Blatt zu finden sind:

Schon wird nach dem Scherbenegericht gerufen, nach der „Aburteilung“ der Reun durch den Parteitag. Statt politischer Argu-

## Ein Ultimatum an Dretwik

LU. Frankfurt a. M., 23. März.

Auf einer Parteitagung der Wirtschaftspartei der Wahlkreise Hessen-Nassau, Hesse-Darmstadt und Koblenz-Trier, die am Sonntag unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dr. Rhode, Frankfurt a. M., stattfand, wurde nach stürmischer Verhandlung einstimmig folgende Entscheidung gefaßt:

„Die obengenannten drei Wahlkreise erklären die Voraussetzung für die Rettung der Wirtschaftspartei darin, daß der Parteivorstand Dretwik bis zur gerichtlichen Klärung der gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe vom Vorsitz der Partei zurücktritt. Sollte dieser Rücktritt nicht innerhalb 14 Tagen erfolgen, sehen sich die drei Wahlkreise gezwungen, die Beziehungen zwar nicht zur Partei, wohl aber zur derzeitigen Parteileitung abzubrechen.“

mente beginnt das Geschrei vom „Disziplinbruch“. Als ob eine Klassenpartei mit einer von Feldweibern kommandierten Kompanie verglichen werden könnte! Disziplin tut not — aber sie hat ihre Grenze da, wo Zehntausende wertvoller Kämpfer durch sie ins politische Nichts hinabgestürzt würden. Die Disziplin, die die wichtigste ist, die Disziplin, die über allem steht, das ist die Disziplin, die der Reichstagsabgeordnete den Funktionären schuldet, die ihm ihr Vertrauen schenken; den Wählern, die ihm ihre Interessen anvertrauen. Wer diese Disziplin nicht zu achten verstand, mit dem wird zu sprechen sein. Wer jene Kasernenhof-Disziplin von den Abgeordneten fordert, von der oben die Rede war, der ist in Wahrheit ein Schädiger der Partei. Denn er verletzt die feinsten, und lebenswichtigsten Beziehungen, die es in einer demokratischen Klassenpartei überhaupt geben kann, die Beziehungen vom Funktionär, vom Mann des Volkes zu denen, die von ihm den Auftrag haben, seinen politischen Willen und seine Interessen wahrzunehmen.“

Auch im „Sächsischen Volksblatt“ beherrscht Hermann Müller die erste Seite. Später folgt ein Aufsatz des Genossen Seydewitz unter dem Titel: „Warum ich gegen den Panzerkreuzer stimme“, in dem er seine Haltung wie folgt zu begründen sucht:

„Die Entscheidung der Fraktionsmehrheit, die in der Fraktion leider unseren Antrag bei dieser gewichtigen und schwerwiegenden Frage Abstimmungsfreiheit zu gewähren, abgelehnt hat, hat die Abgeordneten, die gegen die Panzerkreuzerbewilligung sind und deren Wähler die Ablehnung des Panzerkreuzers forderten, in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht. In diesem Gewissenskonflikt zwischen dem Verlangen, die formale Fraktionsdisziplin einzuhalten, oder das Abwandern und Enttäuschen von Tausenden und aber Tausenden Parteifunktionären und Parteigenossen zu verhindern, haben wir uns entschieden für die Erhaltung all der durch die Entscheidung der letzten Wochen Enttäuschten bei der Partei, für die Entlohnung und die Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die um der kommenden Kämpfe willen notwendig ist, die um der kommenden Kämpfe willen nicht durch das Davonlaufen enttäuschter Kampfgenossen geschwächt werden darf, sondern mehr denn je gestärkt werden muß. Worte allein haben in dieser kritischen Situation nicht mehr genügt, die Zeiten sind so ernst, daß wirklich die Formalitäten zurücktreten mußten hinter die größere Pflicht, die innere Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung zu erhalten und zu stärken.“

In der Dresdner „Volkzeitung“ nahm der Genosse Arzt zu den Abstimmungen das Wort. Er verweist auf die Kämpfe, die vor der Abstimmung in der Fraktion ausgefochten worden sind, und schreibt:

„In der Fraktion hatte man dafür plädiert, die Abstimmung freizugeben. Das war ausdrücklich abgelehnt worden. So erhält die Abstimmung dieser neun eine erhöhte Bedeutung. Der Chemnitzer Bezirk hatte seinen Abgeordneten diese Art der Abstimmung nahegelegt, ganz im Interesse zu dem ostfriesischen Bezirksparteitag, der ja spontan ein Stimmengegen die Fraktion auf meine Frage ausdrücklich ablehnte. Nach meiner Meinung ist diese einstimmige Willensbindung aus der sächsischen Erfahrung erfolgt. Denn die Disziplinbrüche der 23 sind uns teuer zu stehen gekommen. Der Parteitag wird sich nun mit den neun beschäftigen. Das Bewährteste ist, daß dann die ganze Frage aus dem Gebiete der Politik abgehoben wird in das Gebiet der Organisationsarbeit der Partei. Das ist kein guter Dienst, der uns von den Genossen erwiesen worden ist. Wenn auch nicht im entferntesten der Gedanke der Parteispaltung auftaucht, wenn auch die Gründe der Genossen voll gewürdigt werden müssen, so muß ihre Handlungsweise selbst aufs entschiedenste mißbilligt werden. Das Beträübliche ist, daß Abgeordnete aus Sachsen mit dabei waren. Die Geschäfte muß doch ein schlechter Dehmeister sein.“

Der Genosse Karl Böchel, der Verfasser des oben wiedergegebenen Briefes, nimmt in der Chemnitzer „Volkstimme“ in kurzen Darlegungen das Wort. Er versichert, daß an Spaltung nicht zu denken sei. Ähnliche Versicherungen gaben auch die Dreizehntausend im Jahre 1924.

Deutsch-polnischer Streitfall. Der Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat eine außerordentliche Sitzung des Gerichtshofes anberaumt, die am 14. April beginnen wird. In dieser Sitzung wird sich der Gerichtshof mit dem deutsch-polnischen Streitfall wegen der deutschen Winderbeischiffen in Polnisch-Oberschlesien befassen.